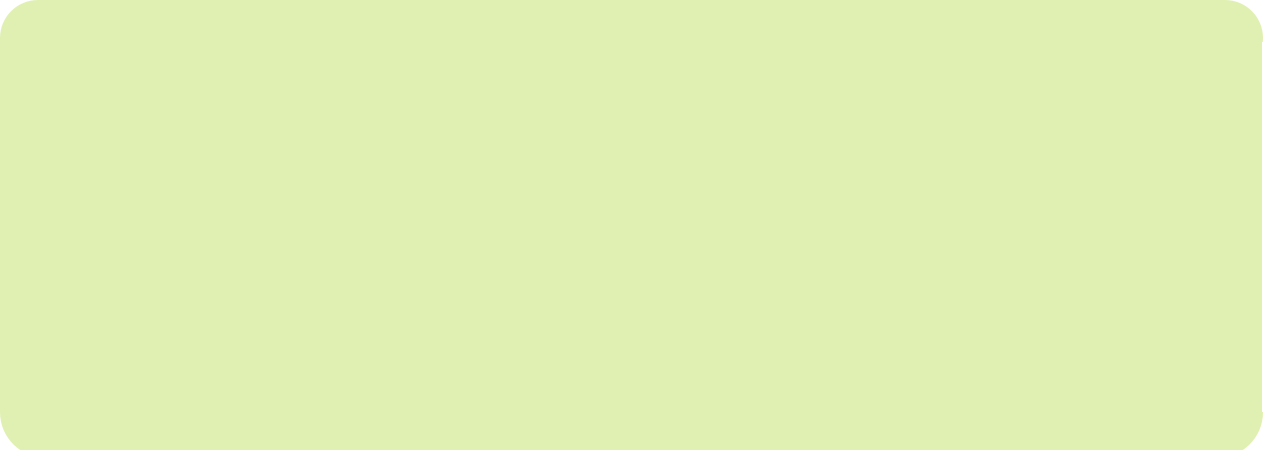


[**www.ssoar.info**](http://www.ssoar.info)



**Voice, Exit oder CSU? Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns**

Abold, Roland; Juhász, Zoltán

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Abold, Roland ; Juhász, Zoltán ; Bamberger Centrum für Empirische Studien (BACES) (Ed.): *Voice, Exit oder CSU?* *Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns*. Bamberg, 2006 (BACES Discussion Paper 12)..

<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-114134>

**Nutzungsbedingungen:**

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*



**Terms of use:**

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*





Roland Abold und Zoltán Juhász

Voice, Exit oder CSU?

Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns

BACES Discussion Paper, No. 12 (2006)

BACES Discussion Papers

Bamberg Center for European Studies (BACES)

Otto-Friedrich Universität Bamberg

Feldkirchenstraße 21

96045 Bamberg

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Phone | ++49 | | 951 863-2592 |  |
| Fax | ++49 | | 951 35996 |  |
| Email | secretary@baces.uni-bamberg.de | | | |
|  |  | www.baces.uni-bamberg.de | | |
|  |  |  |  |  |

Editor:

Hans Rattinger (BACES Director)

ISSN: 1614-2594

© 2006 by the Author(s)

2

**Voice, Exit oder CSU?**

Wahlverhalten und Einstellungen zur EU in zwei Regionen Bayerns

*von Roland Abold und Zoltán Juhász*

Bei der Europawahl 2004 erreichte die Debatte über sinkende Wahlbeteiligung und ein in der Bevölkerung verbreitetes Desinteresse an politischen Themen einen neuen Höhepunkt. Als erste Abstimmung nach der EU-O sterweiterung im Mai 2004 galt die Wahl auch als Stimmungstest für den Erfolg der Europäischen Integration in der Einschätzung der nunmehr über 450 Millionen EU-Bürger (Roth/Cornelius 2004). Das Ergebnis fiel für die Befürworter einer fortschreitenden europäischen Einigung dabei eher ernüchternd aus. In einigen Ländern der EU erzielten europa-skeptische, populistische und radikale Parteien wie beispielsweise die ODS in Tschechien, die nationale Familienliga in Polen oder die UKIP in Großbritannien beachtliche Wahlerfolge. In Deutschland wiederum legten europafeindliche und extreme Gruppierungen wie Republikaner oder NPD zwar nur geringfügig zu, doch dafür sank die schon 1999 schwache Wahlbeteiligung um nochmals gut zwei Pro-zentpunkte auf ein neues historisches Tief von nunmehr 43 Prozent. Beunruhigend ist hierbei die Situation in Ostdeutschland, wo vielerorts nur noch eine kleine Min-derheit der Bürger von ihrem Wahlrecht Gebrauch mac hte. Als Extrembeispiel ist hier das Bundesland Brandenburg mit 27 Prozent Wahlbeteiligung zu nennen.

Die Mehrheit der Deutschen hat bei der Europawahl 2004 also die so genannte „exit“-Option gewählt, die eine Enthaltung bei Wahlen beschreibt. Neben allgemei-nem Desinteresse und dem Gefühl relativer Bedeutung slosigkeit der Wahl zum Eu-ropäischen Parlament dürfte für den hohen Anteil von Nichtwählern vor allem Kritik an den politischen Bedingungen auf europäischer, aber auch auf nationaler Ebene eine Rolle gespielt haben. Unzufriedene Wähler haben neben der „exit-“ auch die „voice“-Option, bei der die Stimme in diesem Fall einer europa- oder systemkriti-schen bis –feindlichen Partei am rechten oder linken Rand des politischen Spekt-rums gegeben wird. Diese Option wurde in Deutschland allerdings nur von einer kleinen Minderheit gewählt. Freilich signalisiert sowohl die „exit-“ als auch die „voi-ce“-Option einen Entzug an Zustimmung für die etabl ierten Parteien, denn Nicht-

3

wahl und Protestwahl sind „zwei Seiten einer Medaille“ (Falter und Schumann 1993).

Die besonderen Charakteristika einer Wahl zum Europäischen Parlament müs-sen bei deren Bewertung allerdings beachtet werden. Europawahlen gelten als „se-cond order elections“, die sich von nationalen Hauptwahlen durch mehrere Ge-sichtspunkte unterscheiden (Reif/Schmitt 1980). Zunächst werden Nebenwahlen als weniger wichtig erachtet, da vermeintlich weniger auf dem Spiel steht („less-at-stake“). Entsprechend liegt die Beteiligung an diesen Wahlen in allen Ländern der Europäischen Union meist deutlich niedriger als beiWahlen auf nationaler Ebene. In Deutschland betrug die Wahlbeteiligung bei der letzten EU-Wahl 2004 nur 43 Prozent - gegenüber 79 Prozent bei der Bundestagswa hl 2002. Zudem schneiden große, etablierte Parteien und vor allem die Regierungsparteien bei Europawahlen in der Regel schlechter, kleinere (Protest-)parteien dafür besser ab als bei den Wahlen auf nationaler Ebene (Reif/Schmitt 1980: 5ff.). So kam die SPD bei der Eu-ropawahl 2004 bundesweit nur auf gut 21 Prozent und verlor damit etwa 17 Pro-zentpunkte gegenüber ihrem Bundestagswahlergebnis a us dem Jahr 2002. Schließlich muss der meist vorhandene „Motivtransfer“ bei Nebenwahlen beachtet werden, der besagt, dass die Stimmabgabe bei Europawahlen häufig von Überle-gungen zu national wichtigen Themen beeinflusst wird (Reif/Schmidt 1980: 8f.). In diesem Zusammenhang kann beispielsweise das Ergebnis der Union gedeutet werden, die am Wahltag aufgrund der für sie positiv en Stimmung in Deutschland - trotz ihres Status als große etablierte Partei - insgesamt 44 Prozent der Stimmen erhielt und sich damit im Vergleich zur letzen Bundestagswahl um 6 Prozent stei-gern konnte.

Um die Bedeutung der verschiedenen Protestoptionen der Wähler bei Europa-wahlen zu analysieren, werden im vorliegenden Beitrag im Rahmen einer Regio-nalstudie europapolitische Einstellungen von Wählern und Nichtwählern miteinan-der verglichen. Angesichts der Ergebnisse der Nichtwählerforschung ist zu erwar-ten, dass vor allem mangelndes Interesse und Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen zur Wahlenthaltung führen (Niedermayer 1990; Schmitt/Van den Eijk 2003).

4

Gemäß dem „second-order“-Kriterium kann jedoch nicht ausgeschlossen wer-den, dass sich die Einstellungen bei beiden Gruppen nur unwesentlich unterschei-den. Dies geht konform mit Befunden, wonach die meisten Wähler europäischer Politik vor allem Desinteresse, weniger aber Skepsis oder Ablehnung entgegen-bringen (Schönbach 1995). Allerdings ist zu vermute n, dass das Ausmaß an Desin-teresse regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Insbesondere im Grenzgebiet zu den neuen Mitgliedstaaten könnte die erfolgte EU-Os terweiterung aufgrund der unmittelbareren Betroffenheit stärker als potentielle Bedrohung angesehen werden. Daher ist zu erwarten, dass hier europaskeptische Einstellungen eine bedeutende-re Rolle bei der Entscheidung zur Wahlbeteiligung und der Wahlentscheidung spie-len. Des Weiteren scheint wahrscheinlich, dass in Regionen, die an die neuen EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa grenzen, Einstellungen gegenüber der EU für die Wahlentscheidung bedeutsamer sind als in anderen Regionen.

Um diese Annahmen zu überprüfen, werden nach einer kurzen Erläuterung der verwendeten Daten und Methoden die Befragten, aufgeschlüsselt nach ihrer regio-nalen Herkunft, in Bezug auf europapolitische Einstellungen verglichen. Hierbei werden neben grundsätzlichen Orientierungen wie derDemokratiezufriedenheit und dem politischen Interesse vor allem allgemeine und spezifische Einstellungen ge-genüber der europäischen politischen Ebene untersucht.1 Abschließend soll die relative Erklärungskraft aller betrachteten Determinanten auf das Wahlverhalten in einem Gesamtmodell geschätzt werden.

**Daten und Methodik**

Als Datenbasis steht eine Telefonstudie zur Europawahl 2004 zur Verfügung, die die Survey Research Unit des Bamberger Centrums für Europäische Studien (SRU-BACES) gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Politikwisse nschaft II der Universität Bamberg durchgeführt hat. Zwischen dem 18. und 25. Juni 2004 wurden dabei 504 volljährige Personen aus der Region Oberfranken zueuropapolitischen Themen be-fragt. Um zu überprüfen, wie sich die Einstellungen zur Europäischen Union und der Osterweiterung mit der Entfernung des Wohnortes der Befragten zur bayerisch-tschechischen Grenze verändern, wurden zwei regionale repräsentative Stichpro-

1. Aus einschlägigen Untersuchungen ist hierbei beka nnt, dass Einstellungen hierarchisch organisiert sind. Allgemeine Einstellungen gegenüber der Europäischen Integration beeinflussen demnach spezifischere Einstellungen zur Tätigkeit der EU in einzelnen Politik-feldern (vgl. hierzu: Rattinger 1996).

5

ben gezogen. Die erste Stichprobe umfasst 232 Befragte aus den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Grenzgebiet zu Tschechien; die zweite Stichprobe besteht aus 272 Befragten aus der Stadt und dem Landkreis Bamberg, also dem westlich gele-genen Teil des Regierungsbezirks Oberfranken.

Obwohl die Daten insgesamt keine Repräsentativitätfür den gesamten Regie-rungsbezirk Oberfranken beanspruchen können, erlaub en sie doch eine Untersu-chung der politischen Einstellungen in von der EU-Osterweiterung unterschiedlich stark betroffenen Regionen. Als Vorbereitung auf die Analysen wurden die Einstel-lungsvariablen auf einen Wertebereich von 0 (=europaskeptisch) bis 1 (=europafreundlich) recodiert. Die Gewichtung der Fälle erfolgt in allen Analysen über ein Sozialstrukturgewicht.

Die Feststellung der Unterschiede zwischen den Regionen Bamberg und Hof/Wunsiedel (Differenz 1) sowie zwischen Wählernund Nichtwählern (Differenz

1. wird im ersten Teil der Analyse über die Berechn ung von Mittelwerten erreicht, die mittels T-Tests auf signifikante Abweichungen geprüft werden. Im zweiten Ab-schnitt wird die relative Bedeutung der untersuchten Determinanten auf die Beteili-

gung an der Europawahl untersucht. Zu diesem Zweck wird für jede Region ein Pfadmodell geschätzt und die Einflussfaktoren hinsichtlich ihrer Regressionsge-wichte verglichen.

**Europawahl 2004 in Oberfranken**

In Oberfranken war die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2004, wie auch im Rest der Bundesrepublik, niedrig (Tabelle 1). Gemäßdem amtlichen Endergebnis für den Regierungsbezirk haben sich nur etwa 40 Pro zent der Wahlberechtigten in Oberfranken an der Europawahl beteiligt, was im Vergleich zur Wahl 1999 einen weiteren Rückgang um gut zwei Prozentpunkte bedeute t.

Durch die Stichprobe wird die Wahlbeteiligung - wie in den meisten umfrageba-sierten Untersuchungen - mit 60 Prozent deutlich üb erschätzt. Für das hier gemes-sene overreporting von etwa 20 Prozentpunkten sind, wie bei anderen Umfragen, vor allem zwei Gründe maßgeblich. Zum einen kommt e s zu einer Überschätzung der Wahlteilnahme bereits durch systematische Stichprobenfehler, die in erster Li-nie mit dem größeren politischen Interesse der befr agungswilligen Personen zu-

6

sammenhängen. Zum anderen wird die Pflicht zur Wahlteilnahme von vielen Bür-gern als eine soziale Norm begriffen und führt aufg rund der wahrgenommenen so-zialen Erwünschtheit häufig zu Falschaussagen (Eilfort 1994: 89ff.).

Die CSU ist bei der Europawahl 2004 in Oberfranken die mit Abstand stärkste Partei; sie erhielt gut 58 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. Zweitstärkste Partei wurde mit knapp 20 Prozent die SPD, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen, die ihr Ergebnis in Oberfranken - im Gegensatz zu den beiden großen Parteien- im Vergleich zur Europawahl von 1999 auf acht Prozent deutlich verbessern konnten. Die restlichen 14 Prozent der Stimmen entfielen auf sonstige Parteien, zu denen auch die FDP mit knapp vier Prozent gehört. Die Wah lbeteiligung der Befragten aus der Stadt und dem Landkreis Bamberg ist geringfügig höher als die der Teilnehmer aus der Region Hof und Wunsiedel (ohne Tabelle). Die Abweichung spiegelt die tatsächlichen Verhältnisse wieder, denn in Bamberglag die Wahlbeteiligung gemäß den amtlichen Daten um etwa vier Prozentpunkte über der in Hof/Wunsiedel.

**Tabelle 1: Amtliches Endergebnis der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2004 für Oberfranken und Anteile in der Stichp robe (Angaben in Prozent)**

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
|  | Wahl zum | | Differenz |  |
|  | Europäischen Parla- | | = |  |
|  | ment 2004 | | (Stich- |  |
|  |  |  |  |
|  | Amtliches | Stichprobe | probe - |  |
|  | Ender- |  | amtliches |  |
|  | gebnis |  | Ender- |  |
|  |  |  | gebnis) |  |
|  |  |  |  |  |
| Wahlbeteiligung | 40,1 | 60,0 | +19,9 |  |
|  |  |  |  |  |
| Stimmenanteile |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
| CSU | 58,4 | 55,4 | -3,0 |  |
| SPD | 19,4 | 17,7 | -1,7 |  |
| Grüne | 8,2 | 13,7 | +5,5 |  |
| Andere | 14,1 | 13,2 | -0,9 |  |
|  |  |  |  |  |

7

Im Gegensatz zur Wahlbeteiligung werden die Stimmenanteile der Parteien durch die Umfragedaten recht genau getroffen. Etwas größere Abweichungen er-geben sich nur bei der CSU (-3,0%) und den Grünen ( +5,5%), während sich die ermittelten Stimmenanteile der SPD (-1,7%) bzw. der anderen Parteien (-0,9) nur geringfügig vom amtlichen Endergebnis unterscheiden .2

**Tabelle 2: Wahlbeteiligung und Gründe für Wahlentha** **ltung**

**(Angaben in Prozent)**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Gesamt | Bam- | Hof/Wunsiedel |
|  |  | berg |  |
|  |  |  |  |
| Wahlbeteiligung | 60 | 62 | 58 |
| Gründe für Wahlenthaltung\* |  |  |  |
| Persönliche Gründe | 27 | 33 | 21 |
| Protest/Politikverdrossenheit | 21 | 18 | 24 |
| Kein Interesse/Nicht informiert | 21 | 21 | 21 |
| Einflusslosigkeit/Sinnlosigkeit | 12 | 12 | 12 |
| Europaskepsis | 9 | 6 | 12 |
| Technische Gründe | 4 | 4 | 5 |
| Vergessen | 4 | 5 | 3 |
| Sonstiges | 2 | 0 | 3 |
|  |  |  |  |



Offene Frage: „Was war der wichtigste Grund, dass Sie sich an der Europawahl nicht beteiligt haben?“

1. Insgesamt geben lediglich elf Personen in der Stichprobe an, FDP gewählt zu haben. Aufgrund dieser s ehr geringen Fallzahl soll auf getrennte Aussagen für FDP-Wähler verzichtet und di ese den „anderen Parteien“ zugerechnet werden. Weit ere Aussagen über die Zu-sammensetzung dieser Gruppe lassen sich mangels entsprechender Angaben der Befragten nicht machen.

8

Erste Hinweise auf Gründe für die niedrige Wahlbete iligung liefern die Antwor-ten auf die offene Frage nach den Ursachen für die Wahlenthaltung (Tabelle 2). Von über einem Viertel der bekennenden Nichtwähler wurden persönliche Gründe wie Krankheit, Urlaub und Zeitmangel für die Wahlen thaltung genannt. Weitere Faktoren sind mit je etwas über 20 Prozent an Nennu ngen mangelnde Information über und das Desinteresse an der Europawahl sowie P rotest und Politikverdros-senheit. Zwölf Prozent der Nichtwähler sind davon überzeugt, dass sie keinen poli-tischen Einfluss haben und eine Beteiligung an der Wahl daher sinnlos sei. Eine ausgesprochene Europaskepsis findet sich bei etwa neun Prozent der Befragten. Weitere angegebene Ursachen für die Wahlenthaltung sind neben Vergessen auch unterschiedliche technische Gründe wie beispielswei se verlorene Wahlbenachrich-tigungen oder fehlende Briefwahlunterlagen.

Hinsichtlich der beiden untersuchten Regionen Oberfrankens ergeben sich bei den Gründen für die Nichtwahl einige bemerkenswerte Unterschiede. So ist zum einen der Anteil der Nichtwähler, die aus Protest und Politikverdrossenheit der Wahl ferngeblieben sind, in der Grenzregion Hof/Wunsiedel um sechs Prozent-punkte höher als in Bamberg. Gleiches gilt für die europaskeptischen Nichtwähler, die in Hof/Wunsiedel mit knapp 12 Prozent doppelt so stark vertreten sind wie in der Region Bamberg. Dafür werden in Bamberg persönl iche Gründe mit knapp 33 Prozent verhältnismäßig oft als Motiv für die Nichtbeteiligung an der Europawahl genannt, während in Hof/Wunsiedel diese nur bei 21Prozent der Nichtwähler aus-schlaggebend waren. In beiden Regionen sind gleiche Anteile von Nichtwählern uninteressiert bzw. uninformiert sowie der Ansicht, dass es ohnehin sinnlos sei, sich an einer EU-Wahl zu beteiligen.

Diese Befunde weisen bereits auf signifikante Unterschiede hinsichtlich des Wahlverhaltens zwischen beiden betrachteten Regionen hin. Im Grenzgebiet zu Tschechien scheint Europaskepsis und Politikverdrossenheit ein wichtigerer Grund für die Nichtwahl zu sein als im weiter von der Gre nze entfernten Bamberg. Um einen genaueren Blick für die Stimmung in beiden Re gionen zu erhalten, wird im Folgenden die Gesamtstichprobe in Bezug auf zentrale Merkmale und Einstellun-gen untersucht.

9

**Interesse und Demokratiezufriedenheit**

Zwei Merkmale, die sowohl im Rahmen der Erklärungsfaktoren für die sinkende Wahlbeteiligung als auch in der Debatte über eine s teigende Politikverdrossenheit immer wieder auftauchen, sind politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit (Falter/Schumann 1993: 36). Beide werden als bedeutend für die Integration des Bürgers in das politische System angesehen; ihr Feh len dient gewissermaßen als Alarmsignal für systembedrohende Tendenzen. Da sich die vorliegende Studie auf den Bereich der Europäischen Politik konzentriert,werden das Interesse an The-men der Europapolitik sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa be-trachtet.

Das Interesse der Befragten an Themen der Europäischen Politik ist beachtlich (Tabelle 3); erwartungsgemäß zeigen sich dabei signifikante Unterschiede zwi-schen Wählern und Nichtwählern. Während die Nichtwähler aus beiden Untersu-chungsregionen gleich uninteressiert sind, zeigen die Wähler aus Bamberg ein et-was größeres Interesse an Europäischer Politik. Auch diejenigen Befragten, die einer der im bayerischen Landtag vertretenen Parteien ihre Stimme gegeben ha-ben, haben im Durchschnitt ein wesentlich höheres I nteresse an europapolitischen Themen als Wähler der anderen Parteien. Unterschied zwischen den beiden Re-gionen Oberfrankens scheint es vor allem bei den SPD-Wählern sowie den Wäh-lern der „anderen Parteien“ zu geben, wobei sich die Wähler dieser Parteien aus Hof/Wunsiedel durch ein jeweils geringeres Interesse auszeichnen als diejenigen aus dem Bamberger Raum. Angesichts dieser Befunde wird von an europapoliti-schen Themen nicht interessierten Wählern sowohl die „voice“ als auch die „exit“-Option wahrgenommen.

Mit der Demokratie in Europa zeigen sich die Befragten in Oberfranken insge-samt eher unzufrieden (Tabelle 4). Die Wähler sindnur geringfügig zufriedener als die Nichtwähler, was zunächst gegen die Exit-Optionbei Unzufriedenheit spricht. Allerdings trifft dies nicht für beide Regionen gle ichermaßen zu, denn im Bamber-ger Raum sind Wähler deutlich zufriedener mit der Demokratie in Europa als Nicht-wähler. In Hof und Wunsiedel unterscheiden sich Wähler und Nichtwähler diesbe-züglich kaum, was dort eher für die Voice- denn für die Exit-Option spricht.

10

**Tabelle 3: Interesse an EU-Politik (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,55** | **,57** | **,54** | ***+,03*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,45 | ,45 | ,46 | *-,01* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,62 | ,65 | ,59 | *+,06* |  |
| **Differenz II** | *-,17c* | *-,20c* | *-,13c* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,62 | ,60 | ,63 | *-,03* |  |
| **SPD** | ,67 | ,74 | ,59 | *+,15* |  |
| **Grüne** | ,71 | ,72 | ,69 | *+,03* |  |
| **Andere** | ,49 | ,57 | ,39 | *+,18* |  |
|  |  |  |  |  |  |



\*„Sind Sie allgemein an Themen der Europäischen Politik sehr interessiert (1), ziemlich interessiert, wenig interessiert, gar nicht interessiert (0)?“ Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Festzuhalten bleibt, dass im Grenzgebiet zu den neuen EU-Mitgliedsstaaten die Unzufriedenheit mir der Demokratie in Europa signifikant stärker ausgeprägt ist als in der Region Bamberg. In der Region Bamberg sind vor allem die Wähler der im Landtag vertretenen Parteien vergleichsweise positiv gegenüber der Demokratie in Europa eingestellt. Nichtwähler und vor allem Wähler kleinerer Parteien (inklusive der FDP) weisen dagegen eine größere Unzufriedenhei t auf. Ein anderes Bild zeigt die Region Hof/Wunsiedel; hier zieht sich die Skepsis durch alle Befragtengruppen. Nichtwähler, CSU-Wähler und SPD-Wähler legen dabeifast identische Einstellun-gen an den Tag, während die Wähler der Grünen etwaspositiver, die Wähler der kleineren Parteien deutlich negativer eingestellt sind.

11

Unzufriedenheit mit der Demokratie in Europa scheint in dieser Region dem-

nach kein Erklärungsfaktor für Wahlenthaltung zu sein. Wenn überhaupt, so profi-

tieren die kleineren Parteien im Sinne der „voice“Option- von der verbreiteten

Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der Demokratie. Allerdings verbieten hier

die geringe Fallzahl und die fehlenden Angaben über die genaue Zusammenset-

zung dieser Wählergruppe eine eindeutigere Interpretation.

**Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Demokratie in der Europäischen Union (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,40** | **,44** | **,36** | ***+,08c*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,38 | ,40 | ,37 | *+,03* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,41 | ,47 | ,35 | *+,08c* |  |
| **Differenz II** | *-,03* | *-,07a* | *+,02* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,43 | ,51 | ,37 | *+,14* |  |
| **SPD** | ,46 | ,55 | ,36 | *+,19* |  |
| **Grüne** | ,48 | ,54 | ,41 | *+,13* |  |
| **Andere** | ,30 | ,32 | ,25 | *+,07* |  |
|  |  |  |  |  |  |



\*„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokrati in der Europäischen Union funktioniert, alles in allem gesehen sehr zufrieden (1), ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden, überhaupt nicht zufrieden (0)?“ Signifik anzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

12

Insgesamt weisen die Ergebnisse auf eine verbreitete Unzufriedenheit mit der De-mokratie hin, die jedoch vor allem in der Grenzregion bei Wählern aller Parteien und auch bei Nichtwählern vorhanden ist. Lediglichin der Region Bamberg sind die Nichtwähler noch unzufriedener als diejenigen Befragten, die sich an einer Wahl beteiligen. Es scheint allerdings denkbar (wenn auch anhand der vorliegenden Da-ten nicht nachweisbar), dass kleinere Parteien, und damit auch Protestparteien und extreme Gruppierungen, von dieser Skepsis profitieren.

Unzufriedenheit mit der Demokratie geht bei Wählernim Übrigen nicht einher mit einem verbreiteten Desinteresse an der europäischen Politik. Nichtwähler wei-sen dafür ein deutlich geringeres Interesse auf, ge nauso Wähler „anderer Parteien“ in Hof/Wunsiedel. Daher steht die verbreitete Annahme, wonach mangelndes Inte-resse zu Wahlenthaltung führt, im Einklang mit dem vorliegenden Datenmaterial.

**Einstellungen zur Europäischen Integration**

In Oberfranken herrscht im zeitlichen Umfeld der Europawahl 2004 eine mode-rat positive Einstellung gegenüber dem aktuellen St and der europäischen Integrati-on (Tabelle 5). Mehrheitlich lehnen die Befragten die Aussage ab, dass die europä-ische Einigung schon zu weit gegangen sei. Dabei bestehen zwischen den beiden Regionen erneut deutliche Unterscheide. Während die Befragten aus Hof/Wunsiedel diesem Aspekt im Mittel indifferent gegenüberstehen, glaubt die Mehrheit der Befragten aus Bamberg nicht, dass die Integration schon zu weit ge-gangen sei. Auch die Unterschiede zwischen Wählernund Nichtwählern sind be-züglich der Einstellung zum Umfang der EU-Integrati on in beiden Regionen etwa gleich stark und jeweils signifikant ausgeprägt. Wähler glauben wesentlich seltener, dass die europäische Integration zu weit gegangen sei als Nichtwähler, was auf den ersten Blick als weiterer Beleg für die Bedeutu ng der „exit“-Option für negativ eingestellte Bürger angesehen werden kann.

Als am positivsten eingestellte Teilgruppe erweisen sich die Wähler der Grünen, wobei keine Unterschiede zwischen Bamberg und Hof/Wunsiedel bestehen. Da-nach folgen die SPD-Wähler, die in der Grenzregiondie EU-Integration etwas posi-tiver sehen als in Bamberg. Bei den Wählern der anderen Parteien treten die größ-ten Unterschiede zwischen beiden Regionen zutage. Während diese Wähler im

13

nördlichen Oberfranken mit einem Mittelwert von 0,4 2 eine negative Einstellung gegenüber der Europäischen Integration an den Tag egen,l gehören sie im anderen Teil Oberfrankens zu den moderaten Befürwortern.

**Tabelle 5: Einstellung zur Geschwindigkeit der europäischen Einigung (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,56** | **,61** | **,50** | ***+,11b*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,48 | ,53 | ,42 | *+,11a* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,63 | ,66 | ,58 | *+,08a* |  |
| **Differenz II** | *-,15a* | *,13b* | *-,16b* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,56 | ,57 | ,55 | *+,02* |  |
| **SPD** | ,70 | ,67 | ,74 | *-,07* |  |
| **Grüne** | ,84 | ,85 | ,83 | *+,02* |  |
| **Andere** | ,55 | ,53 | ,42 | *+,11* |  |
|  |  |  |  |  |  |



Operationalisierung: „Die europäische Einigung istschon zu weit gegangen. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und g anz zu (0).“ Signifikanzniveaus: \* a < 0.05; \*\* b < 0.01; \*\*\* c < 0.001

Am bedeutendsten für die Analyse der Einstellungen sind die Gruppen der

CSU-Wähler und der Nichtwähler, da sie zusammen zwei Drittel der Stichprobe

darstellen. Dabei fällt auf, dass sich die Zustimmung zur Europäischen Einigung in

Bamberg zwischen Wählern der Regierungspartei CSU und Nichtwählern nur ge-

ringfügig unterscheidet; in Hof/Wunsiedel sind die Nichtwähler dagegen deutlich

14

negativer eingestellt. Dieses Ergebnis entspricht damit offenbar genau den oben geäußerten Erwartungen, wonach sich die direkte Betroffenheit der Bürger in der Grenzregion in deren Wahlentscheidung niederschlägt. Zusammen mit den Wäh-lern anderer Parteien setzen sich die Nichtwähler ni ihren Einstellungen eindeutig vom Rest der Bevölkerung ab. In der Region Bamberg mit nur geringen Unter-schieden scheinen jedoch andere Faktoren vorhanden zu sein, die Nichtwähler von Wählern abheben.

**Tabelle 6: Einstellung zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,80** | **,83** | **,77** | ***+,06*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,75 | ,78 | ,72 | *+,06* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,83 | ,86 | ,80 | *+,06* |  |
| **Differenz II** | *-,08b* | *-,08* | *-,06* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,81 | ,82 | ,80 | *+,02* |  |
| **SPD** | ,88 | ,97 | ,79 | *+,18* |  |
| **Grüne** | 1,0 | 1,0 | 1,0 | *+/-0* |  |
| **Andere** | ,82 | ,83 | ,81 | *+,02* |  |
|  |  |  |  |  |  |



Operationalisierung: „Ist Ihrer Meinung nach die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union eine gute Sache (1), teils gut/teils schlecht (0), oder eine schlechte Sache (-1)?“ Signifikanzniveaus: \* a < 0.05; \*\* b < 0.01; \*\*\* c < 0.001

15

Die Einstellungen gegenüber der deutschen EU-Mitgli edschaft (Tabelle 6) fol-gen, wenngleich auf einem höheren Niveau, einem ver gleichbaren Muster. Auch hier sind die Bewohner der Region Bamberg die deutlicheren EU-Befürworter als ihre östlichen Nachbarn, und Wähler sind ebenfalls positiver eingestellt als Nicht-wähler. All diese Unterschiede erweisen sich allerdings als nicht signifikant.

Die große Mehrheit der Wähler der Regierungsparteien in Berlin hält die euro-päische Einigung für eine gute Sache, wobei sich die SPD-Wähler in Hof/Wunsiedel allerdings kaum von den CSU-Wählern unterscheiden.Somit ist die Zustimmung bei den SPD-Wählern vor allem in der Region Bambergstark ausgeprägt. Wähler anderer Parteien haben in beiden Teilen des Regierungsbezirks ähnliche Einstel-lungen zur deutschen EU-Mitgliedschaft wie die CSU-Wähler. Sie treten somit nicht als Protestwähler im Sinne der „voice“-Option in Erscheinung. Im Vergleich zwi-schen Nichtwählern und Wählern zeigen sich die erwarteten Unterschiede. Nicht-wähler in Hof/Wunsiedel halten die Europäische Einigung seltener für eine gute Sache und unterscheiden sich dabei deutlich von den Wählern.

Zusammenfassend ergibt sich für die Einstellungen z ur Europäischen Integrati-on ein Bild, das den eingangs getroffenen Annahmen entspricht. Von entscheiden-der Bedeutung ist dabei die Tatsache, dass negative Einstellungen vor allem bei Nichtwählern in der Grenzregion auftreten, währendsich diese Gruppe in der Regi-on Bamberg nur geringfügig von den Wählern unterscheidet. In Bezug auf die Par-teipräferenz der Befragten muss allerdings festgestellt werden, dass CSU-Wähler sich deutlich von denjenigen Interviewten unterschieden, die ihre Stimme einer der beiden Berliner Regierungsparteien gegeben haben. Es ist demnach durchaus denkbar, dass die CSU in Bayern auch als ein Sammelbecken für von der europäi-schen Politik enttäuschte Wähler fungiert und für uropaskeptische Wähler in Bay-ern somit eine weitere Option zur Verfügung steht.

**Einstellungen zur EU-Osterweiterung**

Entgegen den Erwartungen zeigen sich bei den Einstellungen gegenüber den potentiellen Auswirkungen der EU-Osterweiterung keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Regionen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Befragten in Oberfranken der zukünftigen Entwic klung skeptisch gegenüberste-

16

hen. Hinsichtlich der konkreten Erwartung einer wirtschaftlichen Belebung durch die EU-Erweiterung zeigen sich die Befragten aus dem ös tlichen Oberfranken dabei tendenziell negativer eingestellt als diejenigen aus der Region Bamberg (Tabelle 7). Dies gilt sowohl für die Befragten insgesamt als au ch für sämtliche Teilgruppen, allerdings weisen einmal mehr die Wähler signifikante regionale Einstellungsunter-schiede auf. Bemerkenswert ist dabei, dass sich lediglich in Bamberg Wähler und Nichtwähler in dieser Frage deutlich unterscheiden,während in der Grenzregion beide Gruppen nahezu identische Einstellungen aufweisen.

**Tabelle 7: Wirtschaftliche Belebung durch Osterweiterung (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,40** | **,45** | **,35** | ***+,10*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,36 | ,38 | ,34 | *+,04* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,42 | ,49 | ,35 | *+,14c* |  |
| **Differenz II** | *-,07b* | *-,11a* | *-,01* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,37 | ,44 | ,35 | *+,09* |  |
| **SPD** | ,54 | ,61 | ,46 | *+,15* |  |
| **Grüne** | ,60 | ,62 | ,58 | *+,04* |  |
| **Andere** | ,34 | ,40 | ,25 | *+,15* |  |
|  |  |  |  |  |  |



Operationalisierung: „Osterweiterung führt zur wirtschaftlichen Belebung in der Region. Stimme überhaupt nicht zu (0) bis Stimme vo ll und ganz zu (1).“ Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.00

17

Als ähnlich europaskeptisch zeigen sich in beiden Regionen wiederum Nicht-

und CSU-Wähler. Einzig die SPD- und Grünen-Wählerechnenr eher mit einer wirt-schaftlichen Belebung durch die EU-Osterweiterung, während die Wähler anderer Parteien skeptisch bis neutral eingestellt sind. Einmal mehr zeigen sich bei den SPD-Wählern auffallend große Einstellungsunterschiede in beiden Regionen.

**Tabelle 8: Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Oste rweiterung (Mittelwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,37** | **,39** | **,35** | ***+,04*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | ,34 | ,32 | ,35 | *-,03* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | ,40 | ,44 | ,35 | *+,09a* |  |
| **Differenz II** | *-,13a* | *-,12b* | *±,00* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | ,37 | ,42 | ,32 | *+,10* |  |
| **SPD** | ,52 | ,57 | ,47 | *+,10* |  |
| **Grüne** | ,58 | ,59 | ,56 | *+,03* |  |
| **Andere** | ,26 | ,27 | ,26 | *+,01* |  |
|  |  |  |  |  |  |



Operationalisierung: „Die Osterweiterung gefährdetdie Sicherheit der Arbeitsplätze. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme voll und g anz zu (0). Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Als weitere Frage zu den Auswirkungen der Osterweiterung wird im Folgenden

die mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die EU-Osterweiterung betrach-

tet (Tabelle 8). Hier herrschen in beiden untersuchten Teilen Oberfrankens große

Befürchtungen, die in der östlichen Region noch ger ingfügig stärker ausgeprägt

18

sind. Erneut sind die regionalen Einstellungsunterschiede vor allem auf die Gruppe der Wähler zurückzuführen.

Einmal mehr zeigt sich in dieser Frage, dass sich lediglich in der Region Bam-berg Nichtwähler und Wähler in ihrer EinschätzungerdAuswirklungen der Oster-weiterung signifikant unterscheiden. Hinsichtlich der Wähler der beiden großen Volksparteien zeigt sich ein deutliches Einstellungsgefälle zwischen Bamberg und Hof/Wunsiedel. In Bamberg erwarten neben den Wählern anderer Parteien vor al-lem Nichtwähler eine Gefährdung von Arbeitsplätzen,wohingegen im nördlichen Teil Oberfrankens neben den Wählern sonstiger Parteien vor allem CSU-Wähler diese Sorge angeben. Das ist ein weiteres Indiz, dafür, dass die CSU auch europa-skeptische Wähler bindet.

Die Befürchtungen hinsichtlich eines Anstiegs der K riminalität im Zuge der EU-Osterweiterung sind in beiden Regionen gleich stark ausgeprägt (Tabelle 9). Ledig-lich die Wähler der Grünen stellen hier eine Ausnahme dar und stimmen seltener der Aussage zu, dass die Osterweiterung zu einem Anstieg der Kriminalität führt. Die Befürchtung eines Anstiegs der Kriminalität im Zuge der Osterweiterung dürfte weder in der Grenzregion noch im Raum Bamberg ein wichtiger Enthaltungsgrund bei der Europawahl gewesen zu sein. In Hof/Wunsiedel ergeben sich keine Unter-schiede zwischen Befragten, die sich an der Wahl beteiligt und solchen, die sich enthalten haben. In Bamberg sind diese Unterschiede vorhanden, sie sind jedoch nicht signifikant. Besonders auffallend ist allerdings die Tatsache, dass Nichtwähler aus Hof/Wunsiedel im Vergleich zu Nichtwählern in der Region Bamberg im Mittel etwas positiver eingestellt sind. Wie bereits mehrfach gezeigt, unterscheiden sich auch hier CSU-Wähler in beiden Regionen kaum von denjenigen Bürgern, die sich der Wahl enthalten haben. Als extrem negativ eingestellt erweisen sich dagegen die Anhänger sonstiger Parteien in Hof/Wunsiedel.

19

**Tabelle 9: Kriminalität durch Osterweiterung (Mitte lwerte)**

|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  | **Gesamt** | **Bamberg** | **Hof/** | **Differenz I** |  |
|  | **Wunsiedel** |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Gesamt** | **,37** | **,38** | **,37** | ***+,01*** |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Nicht-** | **,34** | ,31 | ,37 | *-,06* |  |
| **wähler** |  |  |  |  |  |
| **Wähler** | **,39** | ,42 | ,37 | *+,05* |  |
| **Differenz II** | ***-,07*** | *-,11* | *±,00* |  |  |
|  |  |  |  |  |  |
| **Wähler** |  |  |  |  |  |
| **CSU** | **,34** | ,33 | ,34 | *-,01* |  |
| **SPD** | **,43** | ,50 | ,35 | *+,15* |  |
| **Grüne** | **,68** | ,71 | ,64 | *+,07* |  |
| **Andere** | **,29** | ,34 | ,21 | *+,13* |  |
|  |  |  |  |  |  |



Operationalisierung: „Osterweiterung führt zu einem Anstieg der Kriminalität in der Region. Stimme überhaupt nicht zu (1) bis Stimme vo ll und ganz zu (0). Signifikanzniveaus: a < 0.05; b < 0.01; c < 0.001

Die Einstellungen zu den Auswirkungen der EU- Ostweiterung weisen ein ande-res Muster auf als die zur allgemeinen Zustimmung zur EU. Besonders in der Regi-on Hof/Wunsiedel ähneln sich Nichtwähler und Wählerder Mehrheitspartei CSU hinsichtlich ihrer negativen Einschätzung. Offenbarbindet die CSU hier viele skep-tische Wähler an sich, so dass Sorgen über die Folgen der EU-Osterweiterung nicht zwangsläufig mit Nichtwahl („exit“) oder klassischen Protestwahl („voice“) ein-hergehen, sondern auch mit der Wahl der CSU vereinbar sind. Im Raum Bamberg finden sich hinsichtlich der Osterweiterung vor allem bei den Nichtwählern große

Befürchtungen, während Wähler - und damit auch CSUWähler- - die Entwicklung etwas positiver beurteilen.

20

**Einflussfaktoren auf die individuelle Wahlbeteiligung**

Auf Basis der erarbeiteten Ergebnisse soll eine genauere Analyse der Bedeu-tung der betrachteten Einstellungen, des Interesses und der Demokratiezufrieden-heit für Nicht- und Protestwahl bei der Europawahl durchgeführt werden. Mangels entsprechender Daten bezüglich der Wahl extremer un d systemfeindlicher Parteien kann diese jedoch nur für den Bereich der Nichtwahl durchgeführt werden. Dabei wird im Folgenden zwischen zwei Gruppen von Einstellungen unterschieden – der gegenüber der Europäischen Integration und der gegenüber der Osterweiterung. Aus den Variablen dieser Einstellungsgruppen wurden zwei additive Indizes gebil-det, die in die Analyse eingehen.

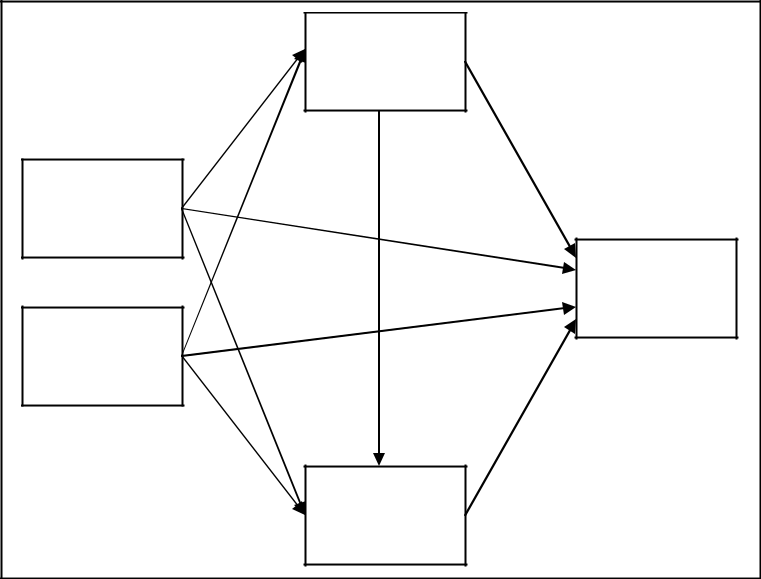
Die hier betrachteten Einflussfaktoren der individuellen Wahlbeteiligung sind auf unterschiedlichen theoretischen Ebenen angesiedelt. Während das politische Inte-resse und die Demokratiezufriedenheit allgemeine politische Haltungen sind, han-delt es sich bei den Einstellungen gegenüber der EU und der EU-Osterweiterung um spezifische Bewertungen eines politischen Objekts bzw. einer politischen Sach-frage. Daher ist eine Analyse, die alle Faktoren auf einer einzigen Ebene einbezieht nicht geeignet. Aus diesem Grund wurde für beide Re gionen ein Pfadmodell, mit dem direkte und indirekte Effekte der betrachteten Faktoren auf die individuelle Wahlbeteiligung dargestellt werden können.

Der Gesamterklärungsbeitrag des Modells liegt für beide Regionen mit rund zwölf Prozent ähnlich hoch. Dies macht deutlich, dass neben den einbezogenen Faktoren selbstverständlich noch andere Faktoren vorhanden sind, die auf die indi-viduelle Wahlbeteiligung einwirken. Die „Goodness of Fit“ Indikatoren weisen je-doch auf eine gute Übereinstimmung der empirischen mit der modelltheoretischen Korrelationsmatrix hin (Chi2/df=4,2; NFI=0,998; TLI=0,972).

Den größten Effekt weist in beiden Regionen das Int eresse an europapoliti-schen Themen auf. Dies erscheint auch plausibel, da das politische Interesse in der empirischen Wahlforschung den Status einer zentralen Determinante der kognitiven und damit auch der politischen Mobilisierung einnimmt (Falter/Schumann 1994: 182). Für beide Regionen Oberfrankens lässt sich somit ein starker positiver Zu-sammenhang zwischen Interesse und Partizipation feststellen.

21

**Abbildung 1: Pfadanalyse der individuellen Wahlbeteiligung für Bamberg (Nichtstandardisierte Regressionsgewichte)**



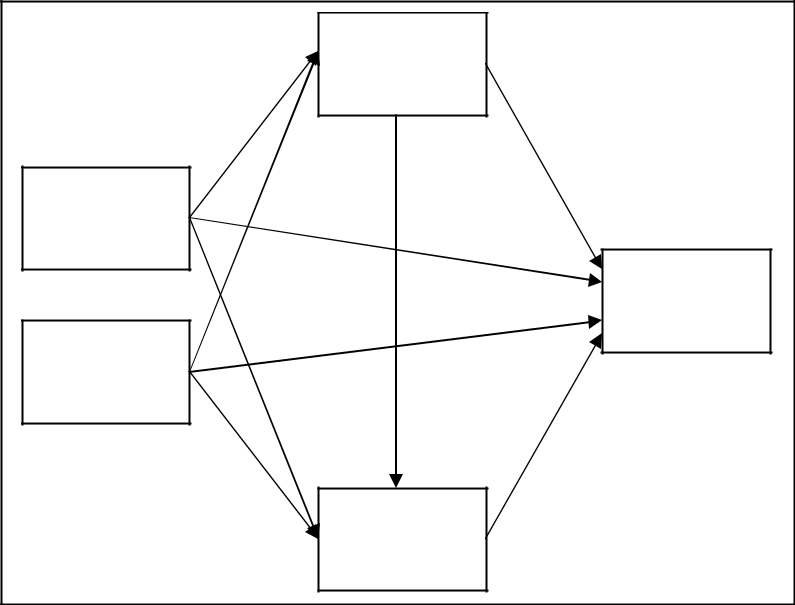
|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  |  |  | Einstellung |  |  |
|  |  |  | EU |  |  |
|  | .35 |  |  | .03 |  |
|  | .36 |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
| Interesse an |  |  |  |  |  |
| EU-Themen |  |  |  | .48 |  |
|  |  |  | .38 | Wahl- |  |
|  |  |  | beteiligung |  |
|  |  |  |  |  |
| Demokratie- |  |  |  | .12 |  |
| zufr. EU |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
|  | .08 | .07 |  | .19 |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  | Einstellung |  |  |
|  |  |  | EU-Osterw. |  |  |

Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa weist in beiden Regionen einen moderaten Zusammenhang mit der Wahlbeteiligung auf, der deutlich hinter dem des Politischen Interesses zurückbleibt. Dabei ist auffallend, dass dieser Zusam-menhang in Bamberg positiv und in Hof/Wunsiedel negativ ausfällt. Somit scheinen nur die systemkritischen Wähler in der Region Bamberg von einer „exit“-Option Gebrauch zu machen. In Hof/Wunsiedel gilt eher das Gegenteil: Je kritischer die Wähler der Demokratie in der EU gegenüberstehen, desto eher beteiligen sie sich an der Wahl. Dieser Befund deutet auf eine gesteigerte Anzahl von Protestwählern in der Grenzregion hin.

22

**Abbildung 2: Pfadanalyse** **der** **individuellen** **Wahlbeteiligung** **für**

**Hof/Wunsiedel (Nichtstandardisierte Regressionsgewichte)**



|  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- |
|  |  |  | Einstellung |  |  |
|  |  |  | EU |  |  |
|  | .44 |  |  | .24 |  |
|  | .49 |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
| Interesse an |  |  |  |  |  |
| EU-Themen |  |  | .53 |  |  |
|  |  |  | .27 | Wahl- |  |
|  |  |  | beteiligung |  |
|  |  |  |  |  |
| Demokratie- |  |  | -.17 |  |  |
| zufr. EU |  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
|  | .10 | .21 |  | -.09 |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |  |
|  |  |  | Einstellung |  |  |
|  |  |  | EU-Osterw. |  |  |

Neben den beschriebenen direkten Effekten auf die Wahlbeteiligung haben In-teresse und Demokratiezufriedenheit jedoch auch indirekte Effekte. Diese verlaufen analog zu den geäußerten Erwartungen über die allgemeinen Einstellungen zur Europäischen Integration. In der Region Bamberg und noch stärker im Raum Hof/Wunsiedel hängen damit allgemeine Einstellungenvon den grundlegenden po-litischen Orientierungen eines Wählers ab. Dagegenweist der Pfad über die Bewer-tung der EU-Osterweiterung deutlich geringere Effekte auf. Vor allem in der Region Bamberg sind die Einschätzung der Folgen der EU-Osterweiterung von Interesse und Demokratiezufriedenheit abgekoppelt. In Hof/Wunsiedel liegt jedoch ein ver-gleichsweise starker Einfluss des politischen Interesses vor. Dies erscheint zu-nächst erstaunlich, da aufgrund der direkten Betroffenheit der Region, eigentlich alle Bewohner unabhängig von ihrem Interesse, ein ezidiertes Bild von den Aus-wirkungen der Osterweiterung haben sollten. Da allerdings im zeitlichen Umfeld der Europawahl 2004 in der Grenzregion, wie gezeigt, ein relativ negatives Meinungs-klima gegenüber der Osterweiterung herrscht, erklärt sich dieser scheinbare Wider-spruch. Nur wer aufgrund seines Interesses an EU-Themen die Erweiterung in ei-

23

nem größeren politischen und gesellschaftlichen Kon text betrachtet, kann in Grenz-regionen mit verbreiteten Befürchtungen hinsichtlic h der zukünftigen wirtschaftli-chen Entwicklung, zu einer positiveren Bewertung kommen.

Als bestätigt kann die Annahme gelten, wonach allgemeine europapolitische Einstellungen spezifischere beeinflussen. Sowohl in Hof/Wunsiedel, als auch in Bamberg hängt die Bewertung der Osterweiterung stark von der allgemeinen Ein-stellung zur EU ab. Allerdings ist dieser Zusammenhang in Bamberg stärker aus-geprägt als in Hof/Wunsiedel, wo zusätzlich das politische Interesse für die Bewer-tung der Osterweiterung eine wichtige Rolle spielt.

Auf Basis dieser Befunde ergeben sich für die beid en Regionen zwei unter-schiedliche indirekte Erklärungspfade der individuellen Wahlbeteiligung. Im Raum Bamberg kann von einer reinen „top-down“ Beziehung ausgegangen werden. Dies bedeutet, dass sich hohes Interesse und große Demokratiezufriedenheit positiv auf die Bewertung der EU-Integration auswirken. Diese allgemeine Einstellung be-stimmt wiederum in hohem Maße die Einschätzung derFolgen der Osterweiterung, welche ihrerseits die Beteiligung an der Europawahl beeinflusst.

Für die Grenzregion begünstigen dagegen allgemeine positive Einstellungen gegenüber der Europäischen Einigung direkt die Teilnahme an der Europawahl, während der indirekte Pfad über die Bewertung der Osterweiterung nahezu keinen Effekt hat. Damit bestätigt das Pfadmodell die Ergebnisse der bivariaten Analysen. Die Annahme, wonach persönliche Betroffenheit über die Nähe zu den neuen EU-Mitgliedstaaten zu einer größeren Bedeutung dieser Themen in Bezug auf die Wahlbeteiligung führt, erweist sich demnach als fal sch. Dies verdeutlicht auch die Tatsache, dass diese Einstellungen nur in der grenzfernen Region Bamberg mit der Wahlbeteiligung zusammenhängen. Angesichts der verbreiteten Befürchtungen in der Region Hof/Wunsiedel hinsichtlich der Folgen der Erweiterung deutet dies auf eine grundsätzliche Ablehnung der Ostererweiterungüber alle Bevölkerungsschich-ten hin. Während die allgemeine Bewertung der Integration, sowie Interesse und Demokratiezufriedenheit durchaus mobilisierende Wirkung auf die Bewohner der Grenzregion aufweisen, fehlt dem Thema Osterweiterung trotz aktueller Brisanz und regionaler Bedeutung dieses Potenzial völlig.

24

**Schlussfolgerungen**

Das Verhalten der oberfränkischen Wähler bei der Europawahl 2004 kann über ihre Orientierungen hinsichtlich der EU-Ebene nur unzureichend erklärt werden. Insbesondere Wahlenthaltung und Protestwahl entziehen sich der Erklärung über bekannte Ansätze wie Politik- und Demokratieverdrosenheit. Offensichtlich handelt es sich bei der Europawahl tatsächlich um eine Wahlzweiter Ordnung, die stark von den Orientierungen der Wähler an der ersten Ebene, also der präsenteren Bundespolitik, abhängt.

Unzufriedene Wähler haben in den meisten Demokratien zwei mögliche Optionen, ihren Protest gegen das System oder dessen Akteure auszudrücken. Sie können sich der Stimme enthalten oder sie einer sys temkritischen Partei geben. In Oberfranken kommt in Bezug auf die europäische Politik anscheinend noch ein dritter Weg hinzu, nämlich die Wahl der Mehrheitspartei CSU, deren Wähler sich vor allem in Bezug auf die Osterweiterung kaum von Nichtwählern unterscheiden. Obwohl CSU-Wähler generell relativ stark an Europainteressiert sind und auch die EU als solche neutral bis wohlwollend beurteilen, sehen sie der zukünftigen Entwicklung relativ skeptisch entgegen. Auch in ihrer starken Unzufriedenheit mit der Demokratie in Europa stehen sie Nichtwählern innichts nach. Aufgrund dieser Ähnlichkeiten zwischen Wählern der Mehrheitspartei und solchen Befragten, die sich der Stimme enthalten haben, mag es nicht verwundern, dass die Einstellungen gegenüber der EU und ihrer Osterweiterung sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie nur in geringem Umfang zur Erklärung derWahlenthaltung beitragen können. Einzig und allein das Interesse an Themen d er europäischen Politik erweist sich als guter Prädiktor der Stimmenthaltung.

Dieser Befund erscheint umso bedeutsamer, als mit der untersuchten Grenzre-gion Hof/Wunsiedel Wähler in die Analyse eingehen,die die gewaltigen Verände-rungen, die mit der EU-Osterweiterung einhergehen, quasi „vor der eigenen Haus-tür“ finden. Trotzdem die Befürchtung von negativen Entwicklungen der Grenzöff-nung in dieser strukturschwachen Region stark verbreitet ist, findet sie nur in gerin-gem Umfang Niederschlag im Wahlverhalten. Wenn über haupt, scheint dies noch eher im Bamberger Raum der Fall zu sein – einer Region, die viel weiter von der tschechischen Grenze entfernt liegt. Bei den allgemeinen Einstellungen gegenüber

25

der Europäischen Integration ist genau das Gegenteil zu beobachten. Sie haben lediglich in der Grenzregion einen gewissen Einfluss auf die individuelle Wahlbetei-ligung, obwohl hier stärker mit einer Bedeutung vonspezifischen Einstellungen in Bezug auf die Osterweiterung zu rechnen wäre.

Welche Implikationen lassen sich aus diesen Ergebnissen ableiten? Zum einen natürlich, dass vor allem über die Steigerung des I nteresses der Bürger an Themen der Europäischen Politik in Zukunft ein Anstieg derWahlbeteiligung erreicht werden kann. Zum anderen jedoch auch, dass die geringe Beteiligung an Europawahlen nicht allein auf die Unpopularität Brüsseler Institutionen und politischen Entschei-dungen zurückgeführt werden darf, wie dies von Bund es- und Landespolitiker oft versucht wird. Der Ursprung mangelnder Partizipation ist vielmehr ebenso in ande-ren Bereichen zu suchen. Nationale Politik ist dabei ein möglicher Faktor, den es in weiteren Studien zu diesem Thema zu untersuchen gilt. Die dritte Implikation betrifft die bayerische CSU. Offenbar ist es ihr gelungen, sich für die Wähler in Oberfran-ken sowohl als Opposition gegenüber der Berliner Re gierung als auch gegenüber den europäischen politischen Akteuren erfolgreich zu positionieren und damit ent-täuschte Bürger für sich zu gewinnen. Ob diese Strategie auch in Zukunft erfolg-reich sein wird – insbesondere unter den seit September 2005 veränderten bun-despolitischen Rahmenbedingungen - wird sich zeigen.

26

**Literatur:**

Eilfort, Michael 1994. Die Nichtwähler – Wahlenthaltung als Form des Wahlverhal-tens, Paderborn.

Falter, Jürgen W.; Siegfried Schumann (1993): Nicht wahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille. (mit J. Falter) S. 36-49, in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B11/93 12.März 1993.

Falter, Jürgen W. & Siegfried Schumann 1994. Der Ni chtwähler, das unbekannte Wesen, in: Max Kaase/Hans Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990, Opladen, S. 161-213.

Niedermayer, Oscar (1990): Turnout in the European Elections, in: Electoral Stud-

ies 9, S. 45-50.

Rattinger (1996): Einstellungen zur Europäischen Integration in der Bundesrepublik:

Ein Kausalmodell, in: Zeitschrift für International e Beziehungen Nr. 1; S. 45-77.

Reif, Karlheinz & Hermann Schmitt 1980. Nine Second-Order National Elections – a Conceptual Framework for the Analyses of European Election Results, in: European Journal of Political Research, Vol. 8, S. 3-44.

Roth, Dieter; Bernhard Kornelius: Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl

am 13. Juni 2004, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B17/2004, S. 46-54.

Schmitt, Herrmann; Cees van den Eijk (2003): Die politische Bedeutung niedriger Beteiligungsraten bei Europawahlen. Eine empirische Studie über Motive der Nichtwahl, in: Brettschneider, Frank; Jan van Deth; Edeltraut Roller: Europäi-sche Integration in der öffentlichen Meinung, Oplad en, S. 279-302.

Schönbach, Klaus (1995): Der Beitrag der Medien zu Europa. Rezeption und Wir-

kung, in: Erbring, Lutz (Hg.): Kommunikationsraum Europa. Konstanz. S. 27-38.

27